



Fachkonferenz netzwerk recherche e.V.

Korruption aufdecken

Fachwissen, Recherche-Techniken und Analysen für Journalisten

– Ergebnisse –

Redaktion: Markus Thierbach

30. Oktober – 1. November 2009
Evangelische Journalistenschule, Berlin

In Kooperation mit:



Hans **Böckler**
Stiftung



YES PLEASE
Good Food for Busy People



Inhalt

- 4** Gut geölt in die Krise - Lobbyismus, Korruption und Konjunkturpaket
- 5** Lessons learned? Oder sehen wir nur „die Spitze des Eisbergs“?
- 6** Jens Weinreich: Goldesel Sport - Wie internationale Konzerne, Mafiosi und Politiker den Sport als Wirtschaftszweig melken
- 7** Rainer Nübel und Wolfgang Messner: Überall Spitze – auch beim Schmieren und Korumpieren?
- 8** Markus Grill: Korruption im Gesundheitswesen
- 9** Johannes K. Soyener: Korruption im Gesundheitswesen
- 11** Steffen Salvenmoser: Vom Korruptionsermittler lernen
- 12** Durchleuchtet – Korruptionsbekämpfung versus Datenschutz bei der Deutschen Bahn
- 13** Hans Weiss: Als Pharma-Consultant unter Branchenbossen
- 14** Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim: Erst hochgelobt, dann kaltgestellt – Zwei Steuerfahnder decken auf
- 15** Deckname „Eichhörnchen“ – Wie die Bahn ihre Mitarbeiter bespitzelte

Gut geölt in die Krise - Lobbyismus, Korruption und Konjunkturpaket

Auf dem Podium:

- Marco Bülow, Bundestagsabgeordneter der SPD
- Dr. Stefan Heißner, Ernst&Young, Abteilung Fraud Investigation & Dispute Services
- Dr. Andreas Mosbacher, Landgericht Berlin
- Harald Schumann, Der Tagesspiegel
- Moderation: Thomas Leif

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Lobbyismus und Korruption, hatte Moderator Thomas Leif wissen wollen. Für den Juristen ist die Sache erst einmal klar: „Die Trennlinie ist das Gesetz“, sagt Andreas Mosbacher, Vorsitzender Richter beim Berliner Landgericht und ehemals Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesgerichtshof. Doch auch er kennt die Grauzone: Das Problem etwa bei Abgeordneten sei der Nachweis: Was ist allgemeine politische „Klimapflege“, was schon Bestechung?

Für Marco Bülow, mit 38 Jahren einer der jüngeren SPD-Bundestagsabgeordneten, ist Korruption zunächst einmal der Kauf von Stimmen. Aber „Dankeschön“-Versprechen für einen Job nach der Politikerkarriere betrachte er „als mindestens ebenso korrupt“. Bülow ist sich sicher: „Über die Grauzone wird nicht gesprochen.“ Bei der SPD sei Korruption bislang ein Tabuthema. Seine Forderung: „Wir müssen einen Leitfaden erarbeiten, wir wir mit Lobbyismus umgehen.“

Hoffnung auf unbefleckte Abgeordnete

Ein Register über die Zuwendungen aus anderen Geschäftsfeldern sollte für alle Abgeordneten selbstverständlich sein, und zwar kleinteiliger als derzeit vorgeschrieben.

Bülow hofft auf Unterstützung bei den neuen Abgeordneten, die noch „keine Wäsche“ hinter sich hätten. Der Weg dazu soll seiner Ansicht nach über eine Enquete-Kommission führen, dann seien die Spitzen aller Fraktionen beteiligt. Dadurch werde die politische Kultur bestimmt, die sich wiederum auf die Inhalte auswirke.

Stephan Heißner vom Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young findet es schwer, Eigennutz und die „Grenze zu wirtschaftlichem Handeln“ genau zu trennen. Verwerflich sei aber auf jeden Fall, sich durch Korruption Vorteile gegenüber den Mitbewerbern zu verschaffen. Er zitiert eine Umfrage: Ein Viertel der Befragten hielten es gerechtfertigt, wenn Firmen in Zeiten der Krise Schmiergeldzahlungen annähmen.

Der Job nach dem Bundestag

Tagesspiegel-Redakteur Harald Schumann stellt die Systemfrage und kritisiert vehement, wenn Beamte Vorgänge erst

genehmigen und später einen gut dotierten Job in eben jener Branche bekommen, die sie vorher als Behördenmitarbeiter betreut haben: „So ein Vorgang korrumpiert das ganze System. Wenn sich das verfestigt, haben wir ein Problem, besonders extrem im Finanzbereich.“

Doch warum wird Korruption so wenig geahndet? Nicht nur für Richter Mosbacher ist klar: Politiker argumentieren mit der Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Durch ministerielle Anweisungen an die Staatsanwaltschaft lasse sich steuern, ob und wie Korruptionsverdächtigungen verfolgt werden. Doch Korruption schade letztlich dem Standort.

Der Kölner Müllskandal als gute Schule

Gerichte hätten aber zunehmend Unabhängigkeit bewiesen, findet Mosbacher. Vier Jahre nach dem BGH-Urteil zum Kölner Müllskandal könne man sagen: „Es hat uns was gebracht.“ Mittlerweile sei das Strafmaß für Steuerhinterziehung angezogen worden.

Auch Wirtschaftsberater Heißner sieht Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung. Bei den Vorgängen im Siemens-Konzern sei bemerkenswert, dass das Unternehmen für die Aufklärung zahle und Anwälte und Berater mittlerweile an die Staatsanwaltschaft berichteten. Heißner möchte mehr davon: Die „corporate governance“-Vorgaben der Unternehmen will er klarer formuliert wissen, will mehr Betriebsprüfungen und strengere Haftungsregelungen für den Vorstand. Die Justiz müsse mehr qualifiziertes Personal erhalten, fügt Mosbacher.

Ermittlung outsourcen?

Heißner schlägt vor, bei Bedarf an Kompetenz in Spezialthemen müsse der Staat Fachanwältinnen aus der Wirtschaft beauftragen. Doch wenn Ermittlung „outsourct“ werde, wie könnten Staatsanwaltschaften und Gerichte deren Ergebnisse später als integer verwerten, fragt sich Richter Mosbacher. Heißner sieht da keine Probleme: „Wir schreiben keine Anklageschriften, wir geraten in keine Interessenkonflikte.“

Reporter Harald Schumann sieht dagegen alles den Bach hinunter gehen: Demokratische Institutionen seien in der Krise, Parlamente gäben ihre Funktion auf und der Staat werde allgemein als „Beute“ zugänglich gemacht. Und auch die Medien mischten in Sachen Informationsbeschaffung beim großen Korruptionsgefälligkeitspiel mit. Seine Forderungen: Leitende Beamte dürfen erst nach einer Karenzzeit von fünf Jahren in themennahe Wirtschaftsbereiche wechseln, alle Abgeordneten müssten zu Transparenz verpflichtet werden, und zwar auf „Heller und Pfennig“, stimmt Marco Bülow zu.

Politiker-Codex

Bülow will zudem den Tatbestand der Abgeordnetenbestechung „verschärfen und klarstellen“ sowie genau definieren, was Lobbyisten und was Politiker dürfen. Wirtschaftsberater Stephan Heißner fordert klare Definitionen für Unternehmensdokumentationen und regelmäßige Kontrollen; Richter Andreas Mosbacher wünscht sich eine bessere personelle Ausstattung der Wirtschaftskammern und einen eigenen Wirtschaftsstrafsenat beim Bundesgerichtshof.

Klaus Martin Höfer

Lessons learned? Oder sehen wir nur „die Spitze des Eisbergs“?

Auf dem Podium:

- Markus Balsler von der Süddeutschen Zeitung, der für seine Recherchen der Siemens-Affäre den Henri-Nannen-Preis 2007 erhielt
- Hans Brendel, Kriminalhauptkommissar a.D., der in München fast 40 Jahre lang für Wirtschaftsstrafsachen zuständig war und die letzten acht Jahre vor seiner Pensionierung 1998 in der Siemens-Affäre ermittelt hat
- Jörg Lünsmann von der Wolfsburger Allgemeinen Zeitung, der federführend in der Volkswagen-Affäre recherchiert hat
- Steffen Salvenmoser, Staatsanwalt a.D, heute bei PricewaterhouseCoopers im Bereich „Forensic Services“
- Moderation: Peter Grabowski, WDR

Die in Deutschland aufdeckten Korruptionsfälle sind nur ein verschwindend geringer Teil von dem, was sich im Bereich der Wirtschaftskriminalität abspielt. Zu diesem Fazit ist die Diskussionsrunde am Schluss gelangt.

Wenn man in einer Stadt wie Wolfsburg eine Affäre wie bei VW als Journalist begleitet, können persönliche Interessen durcheinander geraten - trotz oder gerade wegen des Heimvorteils. „Wir hatten das soziale Umfeld, alle Handynummern, wir kannten die Leute“, sagt Jörg Lünsmann von der Wolfsburger Allgemeinen Zeitung. Ein Kollege, habe sich dann aus der Recherche zurückgezogen. „Ich fahr mit den Leuten, über die wir recherchieren, in den Urlaub. Das geht nicht“, war seine Begründung.

Es sei viel mit Informationen geschachert worden. Leute, die tief mit drin steckten, haben versucht, ihre gesellschaftliche Reputation zu halten, erinnert sich Jörg Lünsmann. „Es gab da keine Armada von PR-Leuten, die sich um uns 'gekümmert' haben.“ Aus dem Unternehmen direkt habe es keinen Druck gegeben, sagt Lünsmann, aber an der Stelle kommt er ziemlich ins Schwimmen. „Wenn du das hier nicht schreibst, wäre das gut“, hätten ihn „hohe Leute von VW“ gebeten. Die Begründung: Das könne der Spiegel schreiben, der sei weit weg, den läsen die VW-Mitarbeiter vor Ort nicht, die jeden Tag die Autos zusammenschrauben.

Redaktionsbesuche von Abgeordneten und Unternehmensvertretern

Die VW-Chefs wagten es allenfalls, zurückhaltende und auf persönlichem Weg die Berichterstattung zu beeinflussen. Markus Balsler von der SZ hat hingegen ganz andere Erfahrungen gemacht. Er kann sich an „die komplette Klaviatur“ des Drucks im Zusammenhang mit der Siemens-Affäre erinnern. Es hatte sogar Besuch eines Mitglieds der Bayerischen Landesregierung in der Redaktion gegeben. „Wollt ihr wirk-

lich so weiter machen? Wollt ihr, dass dieses Unternehmen aus Bayern verschwindet?“, wurde da vom Volksvertreter die Frage gestellt.

Es habe auch Besuche von Siemens-Leuten beim Verlag gegeben, wo man habe einfließen lassen, dass man doch ein wichtiger Anzeigenkunde sei. Eingeknickt sei die Süddeutsche jedoch nicht. Balsler: „Da hat sicher auch geholfen, dass dem Verlag klar war, dass mit dieser Siemens-Geschichte auch die Auflage hochgeht. Man hat auch gesehen, dass da die SZ-Reputation in der Waagschale liegt und dass man sich die nicht kaputt machen lassen sollte“, sagt Balsler.

Ermittlungshindernisse fast gleich Null

Aber nicht nur wird Druck von den betroffenen Unternehmen ausgeübt, auch von anderer Seite wird Ermittlern zwischen die Füße gequetscht. „Nichts“, antwortet Hans Brendel zwar auf die Frage, was ihn in seinen Recherchen gehindert hat. „Bitte keinen Haftbefehl, wir legen ein Geständnis ab“, hätten die Leute gefleht, wenn die Beamten der Kripo Erding bei arrivierten Geschäftsleuten auftauchten. Moderator Grabowski hakt nach und da fällt Brendel doch noch eine Sache ein: „In einem Fall hat mich mal ein Staatsanwalt daran gehindert, dass ich den Präsidenten der Bundesbahn packen konnte. Das hat mir weh getan.“

Markus Balsler erinnert sich daran, dass das Recherche-Team der SZ während der Siemens-Recherche an Kapazitätsgrenzen stieß. „Man kann ja nicht nur durcharbeiten“, sagt er. Journalismus könne im Bereich Korruption viel mehr leisten, meint Balsler, allerdings mit einem längeren Atem: „Bis man zu Aufsichtsräten Vertrauen aufbaut, bis einem was gesteckt wird, da muss man schon sehr viel Zeit investieren.“

Gesellschaftliche Ächtung als schlimmste Strafe

„Das Problem sind nicht die fehlenden Gesetze, das Problem ist die mangelnde Durchsetzung“, sagt Steffen Salvenmoser. Außerdem müsse ein Unrechtsbewusstsein, beziehungsweise ein Rechtsbewusstsein geschaffen werden. Das meint auch Markus Balsler von der SZ. Er wünscht sich mehr Potential für die Ermittlung. „Wir haben die Gesetze, aber der Staat oft nicht die Möglichkeiten“, sagt er. Bei Siemens wären die Ermittler darauf angewiesen gewesen, dass US-Anwälte und von Siemens beauftragte Korruptionsermittler zulieferten.

Salvenmoser plädiert für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit in Staatsanwaltschaften und Gerichten. Jörg Lünsmann von der Wolfsburger Allgemeinen Zeitung betont die gesellschaftliche Ächtung als Strafe. Schreckt das die Zumwinkels und Folkerts überhaupt ab? „Aber klar“, sagt Markus Balsler, „ich glaube, dass die gesellschaftliche Ächtung für einen Heinrich von Pierer das Schlimmste ist.“ Lünsmann ergänzt: „VW-Betriebsrat Klaus Folkert taucht in Wolfsburg nicht mehr auf.“

Korruption ist Männersache

Ist Korruption geschlechtsspezifisch, Herr Brendel? „Naturgemäß ja“, sagt der Ermittler. Nur von einer Frau weiß er, die massiv Nötigungen begangen hat, die „Riesenbeträge“ gefordert hat. „Bei Siemens war das Männersache“, sagt Markus Balsler - weil „der Konzern eher Männersache ist“. Auch bei VW waren es ausschließlich Männer, die an Bestechung beteiligt waren.

Steffen Salvenmoser bestätigt: „Die Korruption ist männlich.“ Seine These ist für Frauen allerdings auch nicht schmei-

chelnd. Frauen hätten keine höhere Moral - sondern schlicht weniger Gelegenheiten zur Bestechung: „Wenn wir mehr Frauen in Führungspositionen hätten, dann würden auch mehr Frauen in die Kasse greifen.“

Mehr Licht, mehr Fälle

„Korruption war früher nicht besser und ist heute nicht schlimmer“, sagt Salvenmoser. Heute allerdings würden Korruptionsfälle eher untersucht, Unternehmen dadurch aufgeschreckt. „Hier entsteht das so genannte Kontrollparadox“, sagt der ehemalige Staatsanwalt. „Wenn ich anfangs zu überprüfen, dann entdecke ich mehr.“ Man hätte dann das Gefühl, die Kriminalität nehme zu - in Wirklichkeit nimmt aber nur das Hellfeld zu und das Dunkelfeld nimmt ab. Man bekommt nur mehr von dem mit, was passiert.

Der langfristige Effekt werde sein, dass die Leute vorsichtiger werden, geschickter werden beim Manipulieren. „Aber es gibt auch genug Leute, die die Lektion begriffen haben“, sagt Salvenmoser. Nämlich dass Korruption dem eigenen Unter-

nehmen und der Wirtschaft insgesamt schadet.

Korruption nach Außen und von Innen

Wenn man über Korruption spricht, fügt Steffen Salvenmoser hinzu, sollte man fairerweise die beiden unterschiedlich Formen von Bestechung in großen Unternehmen unterscheiden: Zum einen gibt es die systematische Bestechung, die auch von der Unternehmensführung gedeckt sein kann. Und dann, so Salvenmoser, gebe es Fälle, wo ein Mitarbeiter bestochen wird, das Unternehmen aber letztlich selber Opfer ist.

Markus Balsler von der SZ resümiert für den Fall Siemens: „Es ist ja mittlerweile klar, dass es ein System schwarzer Kassen in allen Bereichen von Siemens gegeben hat, dass das in allen Bereichen personell sehr weit nach oben gegangen ist.“ Unklar jedoch bleibe, wie weit die Verantwortung nach oben reiche: „Da sehen wir vielleicht noch nicht einmal die Spitze des Eisberges.“

Jana Petersen

WERKSTATTBERICHT

Jens Weinreich: Goldesel Sport - Wie internationale Konzerne, Mafiosi und Politiker den Sport als Wirtschaftszweig melken

„Ein Sieg ist wertlos, wenn er nicht ehrlich und fair zustande gekommen ist. Betrügen ist einfach, aber unbefriedigend. Fairplay lohnt sich immer, selbst bei einer Niederlage. Fairplay bringt Anerkennung, Betrügen nur Schande.“ In der Fédération Internationale de Football Association (FIFA) hat Joseph Blattner das Fairplay als oberstes Gebot gesetzt. Die Realität sieht jedoch anders aus. Spieler werden bestochen, ganze Vereine gekauft und manipuliert.

Der im Herbst 2009 aufgedeckte Wettskandal im internationalen Fußball ist nur die Spitze des Eisbergs. Mehrere Milliarden Euro sind geflossen, damit die Richtigen gewinnen. Jens Weinreich beschäftigt sich seit Jahren mit Korruption im Sport und recherchiert, wie hier Geld gemacht wird. „Es herrscht eine Spezialdemokratie im Sport“, hat Weinreich am Ende seinen Vortrag zusammengefasst.

Schiedsrichter und Weltmeisterschaften

Der freie Journalist und Blogger unterscheidet dabei zwei Arten der Korruption. Eine Form führt direkt auf den Sportler zurück. Er besticht Gegner, Schiedsrichter oder andere Entscheider im Wettkampf. Ein weitaus bedeutsameres Ausmaß an Korruption liegt dann vor, wenn Großereignisse manipuliert werden, etwa Olympische Spiele oder Fußballweltmeisterschaften.

Sportereignisse sind längst ein lukratives Geschäft. Es geht um die Rechte an der Berichterstattung, um den Austragungsort, um Profite etwa im Tourismus oder im Einzelhan-

del - alles Motive, die ein idealer Nährboden für Korruption und Bestechung sind.

Kultur des Schweigens

Bundesliga, Sportverbände und Sponsoren aus der Wirtschaft: Die Akteure im Sportbetrieb sind vielfältig und nicht immer auf den ersten Blick offensichtlich. Für Jens Weinreich erleichtert dieses undurchschaubare Geflecht aus Wirtschaft, Medien, Politik und Kultur korrupte Verhaltensweisen. Es fehlen Kontrollmechanismen, es gibt eklatante rechtliche Lücken und es herrscht eine Kultur des Schweigens.

Der Kosmos Sport beruht vor allem auf Freundschaften, Kumpanei und Netzwerken. Über dieses „familiäre System“ werden Posten und Ämter in Sportverbänden vergeben, aber auch wichtige Sportveranstaltungen, Marketingrechte, Sponsorenrechte oder Bauaufträge. Zudem gibt es immer wieder Fälle, in denen Entwicklungshilfeprojekte missbraucht oder Förderprogramme zur Stimmenbeschaffung manipuliert werden. Über stille Absprachen versuchen Sportartikelhersteller Sportarten und Disziplinen „olympiafähig“ zu machen.

Wie kam Russland zu den Olympischen Spielen?

Besonders anfällig für Korruption ist die Vergabe der Olympischen Spiele durch das International Olympic Committee (IOC). Ein Beispiel: 2014 werden die Olympischen Winterspiele in Sotschi, Russland, stattfinden. Auch Salzburg und Pyeongchang in Südkorea hatten sich beworben. Während Salzburg mit Authentizität und einem gesicherten Sportfest warb, versprach Wladimir Putin Zuwendungen in Höhe von zwölf Milliarden Euro an das Olympische Organisationskomitee und sicherte Gazprom als Sponsor zu.

Aber auch die Koreaner geizten nicht mit Geldzuwendungen. Die wichtigsten Konzerne Koreas investierten in Sportprojekte und Entwicklungshilfe. Von über vierzig Millionen Dollar ist die Rede. Das Geld sollte die überzeugen, die von Korea als Wintersportort nichts hielten, aber ihre Finanzspritzen befür-

worteten. Zudem bot die Regierung verschiedenen IOC-Mitgliedern Geld und den Winterverbänden Werbeverträge.

Stimmen mit Galadinnern gekauft

Kurz vor der Entscheidung in Guatemala verwöhnte Putin dann die IOC-Mitglieder mit Galadinnern und exklusiven Partys. Laut Ethikkommission ist dies den IOC-Mitgliedern untersagt. Etliche haben sich dennoch nicht an die Vorgaben gehalten. Obwohl aus den eigenen Reihen Kritik an den Offerten Russlands laut wurde und auch von Korruption die Rede war, bekam Sotschi den Zuschlag. Bis heute gibt es keine weiteren Nachforschungen, wie Russland zu den Olympischen Winterspielen 2014 gekommen ist.

Sonderrechte, wie etwa die diplomatische Immunität von Funktionären sind zudem Nährboden für das organisierte Verbrechen abseits des eigentlichen sportlichen Wettbewerbs. Drogenhandel, Menschenhandel und Geldwäsche sind an der Tagesordnung. Der Sport genießt einen Sonderstatus und ist durch internationale Gremien (EU-Kommission, OECD, UNO etc.), die gegen Korruption vorgehen, kaum angreifbar.

WERKSTATTBERICHT

Rainer Nübel und Wolfgang Messner: Überall Spitze – auch beim Schmierern und Korruptieren?

Baden-Württemberg präsentiert sich gerne als Familienidyll, mit Daimler Benz, IBM und SAP als Spitzenreiter der Wirtschaftsbranchen. Damit das Ländle auch Spitze bleibt, wird in Behörden oder Unternehmen häufig nachgeholfen.

Das ist die Erfahrung von Stern-Reporter Rainer Nübel und Wolfgang Messner, Landeskorrespondent der Stuttgarter Zeitung. 2008 legten sie zusammen mit weiteren Kollegen das Buch „Wir können alles“ vor. Die Unterzeile: „Filz, Korruption & Kumpanei im Musterländle.“ In ihrem Vortrag haben sie Fälle geschildert, bei denen die Entscheidungen von Amtsträgern maßgeblich beeinflusst wurden.

Widerliche Nudeln

Eines der bekanntesten Beispiele, das bis heute Auswirkungen hat ist der Fall Birkel. Im Sommer 1985 wurde der Nudelhersteller beschuldigt, tote Küken oder verdorbene Eiern unter die Nudelmasse zu mischen. Bundesweit machte der so genannte Flüssigkeits-Skandal Schlagzeilen. Das Stuttgarter Regierungspräsidium hatte auf dem Höhepunkt des Skandals vor dem Verzehr angeblich "mikrobiell verseuchter" Nudeln des schwäbischen Produzenten gewarnt.

Die Eierteigwaren seien Ekel erregend verschmutzt und enthielten einen überhöhten Milchsäurewert, der auf die Verwendung von verdorbenem Flüssigkeits zurückzuführen sei, hatte die Behörde damals erklärt. Das Unternehmen bestreitet die Vorwürfe. Klaus Birkel, CDU-Parteifreund und Inhaber der Nudelfirma, revidierte die Vorbehalte medienwirksam: Er lud

Zufluchtsort Schweiz

„In nationalen Rechtssystemen wird der Sport nicht adäquat behandelt“, sagt Journalist Weinreich. „Da die meisten olympischen Weltverbände in der Schweiz ansässig sind und den Status von Vereinen besitzen, kommt dem schweizerischen Recht große Bedeutung zu. In der Korruptionsfrage würde am ehesten das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) greifen, doch auch bei der letzten Gesetzesnovelle 2003 ist keine Ausweitung auf Sportverbände wie FIFA oder IOC erfolgt.“

Korruption und Bestechung – diese Themen finden in der aktuellen Sportberichterstattung kaum Niederschlag. Selbst der Wettskandal im Fußball ist schon jetzt, im Dezember 2009, kein Thema mehr. Dabei kann der Korruption nur Einhalt geboten werden, wenn die Machenschaften aufgedeckt und öffentlich gemacht werden. „Im Sport halten alle zusammen“, sagt Weinreich. „Von Mauscheleien will Außenstehenden gegenüber keiner etwas wissen.“

Tanja Tricarico

Journalisten sowie den damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth zum öffentlichen Nudelecken ein.

Angst der Behörden

Birkel sah sich daraufhin in seiner Unschuld bestätigt, verklagte das Land auf Schadensersatz und bekam Recht. Nach einem Vergleich erhielt Klaus Birkel 12,75 Millionen Mark (umgerechnet rund 6,52 Millionen Euro). „Seit dem Fall Birkel grassiert in Behörden von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen die Angst vor ähnlichen Regressverfahren“, sagt Nübel, der den Fall mit recherchiert hat.

Doch über zwanzig Jahre später gibt es eindeutige Hinweise, dass die Landesregierung Belege über die verseuchten Birkel-Nudeln zurückhielt. Sachliche und persönliche Kumpanei hätten zu der Vertuschung geführt, sagt Nübel. Wirtschaftliche Interessen wären wichtiger gewesen, als der Verbraucherschutz.

Bremsklotz Birkel

Die ehemalige Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) fordert jetzt eine nachhaltige Aufklärung des Falls. Birkel sei der zentrale Bremsklotz für die Weiterentwicklung des Verbraucherschutzes gewesen, sagte Künast dem Stern in einem Interview.

Justiz, Partei, Behörden und Medien: Zahlreiche Akteure sind in den Skandal verstrickt. Klaus Birkel hat sein Nudelunternehmen längst verkauft und lebt heute in den USA. Der so genannte Texasclub, dem auch der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger angehört, trifft sich noch heute regelmäßig mit Birkel auf dessen Ranch in den USA.

Eine Kleinstadt am finanziellen Abgrund

Weniger spektakulär, doch Alltag im politischen Geschäft in Baden-Württemberg, ist der Fall des Bürgermeisters von Au-

lendorf, den Wolfgang Messner verfolgt hat. Die oberschwäbische Kleinstadt ist hoch verschuldet. Über 65 Millionen Euro fehlen in der Haushaltskasse. Schlechte Kurpolitik und fehlendes Gewerbe in der Region haben zum Schuldenberg geführt. Lange Zeit blieb die Misswirtschaft des ehemaligen Bürgermeisters Johannes Heinzler im Dunkeln. Jahresabschlüsse wurden nicht vorlegt, die Buchführung nur unzureichend erledigt.

„Der Bürgermeister hat qua Amt viel Macht in Baden-Württemberg“, sagt Journalist Wolfgang Messner. „Er konnte am Gemeinderat vorbei regieren.“ Gedeckt wurden das vom weit verzweigten CDU-Netzwerk. Heinzler wurde 2008 wegen Veruntreuung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Die Akten zu den Geldschiebereien sind längst Opfer des Papierschredders im Aulendorfer Rathaus geworden.

Postenschieberei

Heinzlers Nachfolger Georg Eickhoff versuchte vergeblich, die Gründe für den Schuldenberg aufzudecken. Er warf dem Landrat des Landkreises Ravensburg vor, seine Aufsichtspflicht gegenüber Heinzler verletzt zu haben. Demnach trüge der Landrat eine Mitschuld. Diese Anschuldigungen wurden nie weiter verfolgt. Eickhoff trat nach kurzer Regierungszeit zurück. Heute lebt er in Venezuela und ist Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung. „Man hilft sich gegenseitig“, sagt

Messner.

Während lange Zeit Bayern als das Amigoland galt, konzentriert sich der CDU-Filz in Baden-Württemberg. Vom Kommunalpolitiker bis zum Ministerpräsidenten, vom Amtsrichter bis zur kalabrischen Mafia sollen die Verbindungen reichen. Dass das Thema Korruption heikel und sensibel ist, haben beide Journalisten während ihrer Recherchen festgestellt. Vor allem auch, was die Veröffentlichung angeht.

Die Medien scheuen zurück

Über Wirtschaftskorruption werde noch berichtet. Sobald jedoch Amtsträger wie Bürgermeister, Parteifreunde oder Gemeinderatsmitglieder im Spiel seien, würde die Mausechlei häufig unter den Teppich gekehrt, haben Nübel und Messner beobachtet.

Bestes Beispiel sei die Daimler-Affäre. Die Staatsanwaltschaft hatte eindeutige Hinweise. Als jedoch die Konzernleitung sich bei den Chefredakteuren der Lokalblätter meldete, hätten viele Redaktionen veranlasst, sich in der Berichterstattung zurück zu halten. Auch deshalb ist die Suche nach Informanten schwierig und Recherchen werden häufig behindert. Das Ländle bleibt eben Spitze. Auch beim Vertuschen.

Tanja Tricarico

WERKSTATTBERICHT

Markus Grill: Korruption im Gesundheitswesen

Wie korrupt ist das Gesundheitswesen? Dieser Frage geht Markus Grill beim Nachrichtenmagazin Spiegel nach.

Gleich zu Beginn seines hat er mit der Mär aufgeräumt, Pharmakonzerne seien innovativ. Vielmehr werde der Markt mit Scheininnovationen geflutet, also Präparaten, die nur geringfügig verändert wurden, um dann als „neu“ eingeführt zu werden. Fast 77 Prozent aller Neuheiten sind, laut Marcia Angell im New England Journal of Medicine, Scheininnovationen.

Zudem haben nur 28% der Neuheiten therapeutische Relevanz. Im Jahr 2005 fielen in Deutschland von den 21 Neuerscheinungen nur zehn in diese Kategorie - Zahlen die zeigen, wie die Pharma-Industrie den Menschen Fortschritt als hohle Phrase präsentiert.

Nur sieben echte Neuheiten in zwölf Jahren

„Neu“ darf daher nicht als Synonym für „besser“ verstanden werden. Ein neues Arzneimittel ist dann schon eine Neuheit, wenn es über eine neue chemische Formel verfügt, die sich geringfügig auf molekularer Ebene von einer alten unterscheidet. Laut Peter Schönhöfer, Pharmakologe aus Bremen, gab es von 1990 bis 2002 immerhin 395 Neuheiten, darunter waren aber lediglich sieben „echte Innovationen“.

„Wir geben am meisten für Forschung aus“ ist ein oft gehörter Satz aus den Reihen der Pharma-Industrie. Die US-Phar-

maindustrie behauptet, sie gebe 800 Millionen Dollar für die Forschung und Entwicklung eines Präparats aus. Pharmaabhängige und staatliche Berechnungen kommen dagegen auf 77 Millionen bis 135 Millionen Euro pro Präparat. Hohe Forschungsinvestitionen, hoher Preis: Diese Argumentation ist wichtig, damit der hohe Preis für Neuheiten von Patienten akzeptiert wird.

Mehr Geld für Marketing als für Forschung

Aber für was geben die Pharma-Konzerne ihr Geld aus, wenn nicht für Forschung? Sie stecken es in Marketing. Die US-amerikanische Organisation „Public Citizen“ wertete alle erhältlichen Geschäftszahlen der Pharmaindustrie in 2003. Demnach wurden 14 Prozent für Forschung ausgegeben, 31 Prozent für Marketing und 17 Prozent machen den Gewinn aus. Es wird also mehr Geld in die Vermarktung von Medikamenten rein gepumpt, als in die Forschung und Entwicklung von wirklich neuen Medikamenten.

Die Ärzte sind Teil dieser Verkaufsmaschinerie. Markus Grill zeigt, dass durch sogenannte Anwendungsbeobachtungen (AWBs) Pharma-Konzerne versuchen, direkten Einfluss auf die behandelnden Ärzte und somit auch auf die Patienten auszuüben. Anwendungsbeobachtungen sind Mini-Studien, die zeigen sollen, wie ein neues Präparat bei Patienten wirkt. „Der behandelnde Arzt erhält pro Patient, dem er das beworbene Medikament verordnet, meist 50 Euro. Bei sehr teuren Krebsmedikamenten sind es auch mal 1000 Euro pro Patient“, hat Markus Grill recherchiert.

Kaffeemaschinen und Laptops

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wertete alle Anwendungsbeobachtungen aus, die in Deutschland im 1. Halbjahr 2005 angemeldet wurden. Es zeigte sich, dass bei 67 Prozent der AWBs keine Ziele und kein Studienplan vorhanden waren. Das Resümee der KBV-Autoren: „AWBs dienen überwiegend als Marketinginstrument.“

Die Patienten sind ahnungslos

Bei der Anwerbung von Ärzten lassen die Pharma-Konzerne ihrer Kreativität freien Lauf. Je mehr seiner Patienten an einer AWB teilnehmen, desto hochwertiger ist die Prämie für den Arzt. Von Kaffeemaschine und Laptop bis hin zu Wochenendausflügen ist alles dabei. Der Arzt verschreibt ein Medikament, die Konzerne machen Geschenke und der Logik folgend so Gewinn.

Zum Beispiel beim Präparat „Nexium“, ein Magenmittel. Es handelt sich hier um ein Analogpräparat, das keine oder nur marginale Unterschiede zu eingeführten Präparaten aufweist – eine Scheininnovation, auch „Me-Too-Präparat“ genannt. Im Fall „Nexium“ haben knapp 122.000 Patienten an der AWB teilgenommen. Dadurch steigerte sich der Umsatz um 23 Prozent.

Das Erschreckende daran: Die Patienten wissen oftmals gar nicht, dass eine Anwendungsbeobachtung durchgeführt wird. Die Folge: Sie gewöhnen sich an das Medikament und wollen in Zukunft nicht darauf verzichten. Eine einfache Variante für Pharmakonzerne, Patienten langfristig zu binden bzw. in Abhängigkeit zu stellen. Ob die Menschen das Medikament tatsächlich brauchen ist eine zweitrangige Frage, so lange es ihnen nicht direkt schadet.

Interne E-Mails

Markus Grill zeigt am Beispiel Ratiopharm, wie das Unterneh-

men versucht hat durch besondere Anreize sich gegen die Konkurrenz bei Generika durchzusetzen. Generika sind Wirkstoffkopien, d.h. es ist egal von welchem Unternehmen sie hergestellt werden – die Wirkungsweise ist immer die gleiche.

Ratiopharm entwickelte ein ausgeklügeltes Anreizsystem, in dem Ärzte mit 5 Prozent am Umsatz beteiligt und mit Geschenken Art bedacht wurden (Espressomaschinen, Tischleuchten etc.). Im Lauf von Grills Recherchen meldeten sich Insider, die ihm 4000 Ratiopharm-interne E-Mails zuspielten: Vertriebsprotokolle, Mitarbeiterlisten, Werbematerialien für Ärzte. „Pragreise als Belohnung für einen Arzt, der 25 Patienten das neue Medikament verordnet hat“, hieß es auf einem Dokument, das Grill in der Präsentation zeigte.

Ärzte informieren sich nicht unabhängig

Ein weiterer wichtiger Punkt des Vortrags bezog sich erneut auf die Ärzte. Woher beziehen die Ärzte ihr Wissen über Medikamente eigentlich? Eine Umfrage unter Allgemeinärzten ergab: 49 Prozent von der Pharmaindustrie (v.a. über Pharmareferenten), 13 Prozent durch Fachleute, 17 Prozent aus medizinischer Literatur (allerdings überwiegend nicht wissenschaftliche Literatur), 16 Prozent aus anderen Medien und 3 Prozent von Patienten. Auch die Informationen in den Werbeprospekten der Unternehmen sind zu 94 Prozent nicht wissenschaftlich belegt und verhältnismäßig oft Nebenwirkungen von neuen Präparaten.

Auch bei Experten und Instituten ist Vorsicht geboten. Adel Massaad und sein privates „Institut für Gesundheitsaufklärung“ (IFGA) etwa wirkt auf den ersten Blick seriös und vertrauenserweckend. Tatsächlich macht der ägyptische Ex-Tischtennisprofi im Auftrag von Unternehmen Stimmung für Medikamente.

Panajotis Gavrillis

WERKSTATTBERICHT

Johannes K. Soyener: Korruption im Gesundheitswesen

Johannes K. Soyener ist das, was man einen Insider nennt. 34 Jahre lang war er als Referent in der Pharmaindustrie tätig. Für den Branchenriesen Hoechst, der später zum Sanofi-Aventis-Konzern fusionierte, arbeitete Soyener an den Schnittstellen zwischen Industrie und universitärer Forschung. Seine Aufgabe: möglichst viele Wissenschaftler und praktizierende Ärzte von den Produkten seines Unternehmens zu überzeugen.

2006 schrieb er ein Buch, dass in der Branche für Aufsehen sorgte: „Das Pharma-Komplott“. In diesem halb fiktiven Wirtschaftsthiller beschreibt er die Machenschaften der Arzneimittelhersteller.

Osteoporose, ein Milliardenmarkt

Die Arzneimittelindustrie trägt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung, ist sie doch qua ihrer Erzeugnisse der Ethik des Heilens verpflichtet. Dass es mit dieser Ethik allerdings nicht immer weit her sein muss, schildert Johannes K. Soyener am Fall der Volkskrankheit Osteoporose.

Der demografische Wandel und damit das Altern der Bevölkerung wird in den kommenden Jahren zu einer signifikanten Häufung der Diagnose Knochenschwund führen. Von der Krankheit sind in Deutschland inzwischen bis zu acht Millionen Menschen betroffen, Tendenz steigend. Insbesondere für Frauen, deren Lebenserwartung allein im Laufe des vergangenen Jahrhunderts um durchschnittlich 20 Jahre gestiegen ist, erhöht sich das Risiko an Osteoporose zu erkranken um ein Vielfaches.

Mit drastischen Folgen für die Volkswirtschaft. Insgesamt wurden im Jahr 2006 über 38 Milliarden Euro für die Erstversorgung und Folgebehandlung von Muskel- und Skelettkrankheiten ausgegeben, darunter fallen auch die Kosten der Knochenschwundtherapie.

Marktorientiertes Forschen

Für die Pharmaindustrie ist die Osteoporose-Forschung ein Milliardenmarkt. Welche Prämissen dabei im Vordergrund stehen, macht Soyener unmissverständlich klar: „Die Pharmaindustrie forscht marktorientiert, nicht ethisch orientiert.“ Ein einziges wirksames Medikament, ein sogenannter „Blockbuster“, wie Soyener ausführt, verspricht den Konzernen über viele Jahre hinweg riesige Umsätze. Es erstaunt daher nicht, dass die Eroberung solcher Zukunftsmärkte durch die Arzneimittelhersteller generalstabsmäßig geplant wird.

Das beginnt nicht erst bei der Klinischen Forschung, sondern schon bei der Forschungsplanung, dem Studiendesign. Alle drei Stufen der Klinischen Forschung müssen im Rahmen eines gesetzlich vorgeschriebenen Studienmodells von den Pharmaunternehmen exakt geplant und vorausberechnet werden. Diese sogenannte Forschungs-„Rakete“ umfasst in einer ersten Stufe Studien am gesunden Probanden, in der zweiten folgen solche am kranken Probanden und die dritte Stufe ist die klinische Prüfung sowie die anschließende Zulassung durch die jeweilige Arzneimittelbehörde.

Betriebswirtschaftlicher Erfolgsdruck

Erst danach folgt die Ausbietungszeit, in der das zugelassene Medikament dem praktizierenden Arzt angeboten und vertrieben wird. Der ganze Entwicklungsprozess dauert meist 3-4 Jahre und kostet, je nach Einschätzung, mehrere Hundert Millionen Euro – bevor ein Medikament überhaupt zugelassen werden kann. Natürlich wäre es bei einem derartigen finanziellen Aufwand fatal, würde dieser Prozess in irgendeiner Phase scheitern.

Mit der Entwicklung von „Blockbuster“-Medikamenten ist ein immenser betriebswirtschaftlicher Erfolgsdruck verbunden. Die Unternehmen sind abhängig von den Ergebnissen der klinischen Studien, die an unabhängigen Universitäten durchgeführt werden.

Win-Win-Situationen

Hier sieht Soyener ein breites Einfallstor für Korruption im Gesundheitswesen: Um das Risiko eines Scheiterns zu minimieren, etablieren Arzneimittelhersteller zuverlässige universitäre Netzwerke, pflegen intensive Vertrauensverhältnisse zu Professoren und geben oft über Jahrzehnte hinweg ihre klinischen Studien stets bei denselben Forschungseinrichtungen in Auftrag.

Davon profitieren in der Regel beide Seiten: die Professoren, deren Forschungsbereich von den Unternehmen finanziell unterstützt wird, und die Unternehmen, deren Studien von den Wissenschaftlern wohlwollend begleitet werden. „Deutschland ist ein Land, über das ein dichtes Studiennetz geworfen ist“, sagt Soyener. „Da fließt eine Menge Geld.“

Industrie finanziert Forschung

Als Folge dieser Verflechtung entstehen wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse. Es gebe da mancherorts „richtige Erbhöfe“, sagt Soyener, der die Unabhängigkeit der Forscher damit in Frage stellt. So werden etwa die Weiterentwicklungen von Medikamenten, die sich schon in der 3. oder 4. Generation befinden, immer an derselben Universität geprüft. Es ist kaum zu erwarten, dass man dort auf Fehlentwicklungen wie Nebenwirkungen aufmerksam macht, schließlich hängt

am Forschungserfolg auch die künftige Drittmiteleinwerbung für die Alma Mater.

Allerdings ist das Problem auch durch das System bedingt. Durch die finanzielle Unterversorgung im Bildungs- wie im Gesundheitssektor sehen sich viele akademische Institutionen gezwungen, Forschungsgelder vermehrt aus dem Bereich der Privatwirtschaft zu akquirieren.

Forscher als Pharmareferenten

„Es existiert in Deutschland keine Studie, die nicht industrie-finanziert ist, denn das ist im Gesundheitssystem nicht vorgesehen“, sagt Soyener. Kooperationen zwischen pharmazeutischer Wissenschaft und Arzneimittelherstellern werden heute sogar als eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der universitären Forschung betrachtet.

Soyener zitiert an dieser Stelle mehrere renommierte Professoren, die das Pharmasponsoring zu den wesentlichen Führungsqualifikationen eines karrierebewussten Wissenschaftlers zählen. Die einfache Gleichung lautet: Je besser die persönlichen Kontakte zur Industrie, desto mehr Geld kann für das eigene Institut eingeworben werden. Man braucht kaum zu erwähnen, dass diese Praxis dauerhaft zu Lasten der wissenschaftlichen Unabhängigkeit geht. Zugespitzt könnte man sogar fragen: Ist die universitäre Medizin käuflich?

Berater und Autoren

Soyener verweist bei dieser Frage auf einen Artikel aus dem New England Journal of Medicine (2000). Darin beschreibt die Autorin Marcia Angell, dass sich das Verhältnis von universitärer Forschung und Pharmaindustrie grundlegend wandelt. Akademische Forscher, die Arzneimittelstudien durchführen, arbeiteten immer öfter auch als Berater für Pharmaunternehmen und als Autoren von Empfehlungsstudien für Medikamente, also „advisory reports“. Sie treten zudem nach deren Markteinführung als ständige Referenten der Pharmaindustrie auf, um eben jene Medikamente zu bewerben.

Zum Beispiel Professor Dieter Felsenberg. Er ist Leiter des Zentrums für Muskel- und Knochenforschung an der Charité in Berlin und gilt als eine Koryphäe auf dem Gebiet der Osteoporose-Behandlung. Im Jahr 2004 gründet er ein zentrales Melderegister für Kiefernekrosen (Schwund des Kieferknochens), die im Zusammenhang mit der Verabreichung von Bisphosphonaten gegen Osteoporose auftreten.

Lob für ein umstrittenes Medikament

Eigentlich müssen arzneimittelspezifische Nebenwirkungen jedoch dem Melderegister der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft bzw. dem Bundesinstitut für Arzneimittel (BfArM) angezeigt werden. Offensichtlich nimmt man es in Deutschland mit der Meldepflicht aber nicht so genau.

Dabei ist der Wirkstoff Bisphosphonat innerhalb der Forschung höchst umstritten. Er steht im Verdacht, massive Nebenwirkungen hervorzurufen. Insbesondere die intravenöse Verabreichung des Mittels gilt als gefährlich, weil deren Wirkung im Vergleich zur oralen Gabe um ein Vielfaches höher ist. Normalerweise beschränkt sich diese hochdosierte Behandlungsform auf Patienten im Endstadium der Osteoporose. Inzwischen sind Fachärzte aber dazu übergegangen, die intravenöse Bisphosphonate-Therapie auch zur Behandlung

von Osteoporosen im früheren Stadium einzusetzen - unter Inkaufnahme entsprechender Nebenwirkungen.

Mundhygiene als Ursache für Nebenwirkungen

So auch Professor Felsenberg, über den Soyener sagt, er sei „von der Industrie total vereinnahmt“. 2006 publiziert Felsenberg eine Studie, in der er zwar vor den potentiellen Nebenwirkungen hochdosierter Bisphosphonate warnt, um so gleich zu relativieren, auch andere Faktoren seien mitverantwortlich für die Komplikationen, u.a. schlechte Mundhygiene.

Im Juni 2008 meldet die Arzneimittelprüfbehörde der USA (FDA) signifikant gestiegene Nebenwirkungen der Bisphos-

phonate-Therapie. Dennoch preist Professor Felsenberg gemeinsam mit anderen renommierten Pharmakologen weiterhin die intravenöse Bisphosphonat-Therapie als „Weltneuheit“ und „erstes Mittel der Wahl“.

Dieses Beispiel aus der Osteoporose-Forschung zeige, so Soyener, wie wenig universitäre Forschung und marktwirtschaftliche Interessen im Bereich des Pharmawesens noch zu trennen sind. Seine Schlussfolgerung: „Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht.“

Christoph Cöln

VORTRAG

Steffen Salvenmoser: Vom Korruptionsermittler lernen

Wirtschaftsstrafäter leben unauffällig, so die Erfahrung von Steffen Salvenmoser, der bei der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers in der Abteilung "Forensic Services" arbeitet. Salvenmoser wird von Unternehmen beauftragt, die den Verdacht haben, dass es bei ihnen solche Straftäter in den eigenen Reihen gibt. Salvenmoser ermittelt dann wochen- und monatelang intern, spricht also mit Mitarbeitern und sichtet Akten.

Der typische Täter ist männlich, völlig unauffällig, zwischen 35 und 50 Jahre alt, hat eine gute Ausbildung, ist nicht vorbestraft und arbeitet länger als acht Jahre im Unternehmen – so hat Salvenmoser beim Vortrag die Täter charakterisiert. Er ist gut integriert und sozial anerkannt (häufige Reaktion von Chefs auf den Verdacht gegen solche Täter: "Den kenne ich doch", "das wüsste ich doch".) Das Motiv von korrupten Mitarbeitern sei oft Geld – als Mittel, um damit Anerkennung zu erhalten, soziale Absicherung oder einen Ausgleich für die subjektiv empfundene Unterbezahlung.

Der Zeuge ist die unzuverlässigste Quelle

Damit Salvenmoser den Tätern auf die Spur kommt, hilft es ihm, sich in sie hinein zu versetzen: "Wie hätte ich das gemacht?" Es sei auch hilfreich, die Plausibilität von Vorgängen zu prüfen: "Ist es realistisch, dass es wirklich so einen großen Markt für die Produkte von Flowtex gibt?" Vorsicht sei vor allem vor Zeugen geboten, diese seien die unzuverlässigste Beweisquelle.

Oft würden Zeugen Angst davor haben, Erinnerungslücken zuzugeben, und diese Lücken stattdessen durch das schließen, was sie für plausibel halten oder was sie von anderen Personen gehört haben. Vorsicht auch vor Personen, die vorgeben, sich ungewöhnlich gut zu erinnern. Und noch ein Tipp von Salvenmoser: "Wer einmal lügt, der muss nicht immer lügen."

Die Grundlage für Salvenmosers Ermittlungen ist die eigene

oder fremde Wahrnehmung. Diese wird dann auf Plausibilität überprüft. Dann kombiniert er die Anhaltspunkte zu einem möglichen Tathergang. Es folgt die "kritische Überprüfung", also der Zweifel an den eigenen Erkenntnissen - denn es kann sich auch einfach nur um dumme Zufälle handeln. Die Gefahr ist vor allem, sich auf einen möglichen Tathergang zu versteifen, einen Tunnelblick zu haben und andere Alternativen außer Betracht zu lassen.

Wenn die Zweifel überwiegen, geht Salvenmoser einen oder mehrere Schritte zurück. Das Ergebnis berichtet er seinem Auftraggeber, in der Regel also dem Vorstand oder Aufsichtsrat. Dem bleibt es dann überlassen, interne Konsequenzen zu ziehen und/oder die Ergebnisse an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben.

Beratung abgelehnt

In der Debatte wurde Salvenmoser gefragt, ob er nicht Straftäter decken würde. Er verwies darauf, dass er - ähnlich wie Anwälte – einer Verschwiegenheitspflicht unterliegt. Er würde Unternehmen in der Regel raten, bei schweren Straftaten die Staatsanwaltschaft einzuschalten, dies sei aber nicht seine Entscheidung. Die Grenzen seiner Tätigkeit seien allerdings erreicht, wenn ein Unternehmen ihn um Rat fragt, wie man etwa Schmiergeldzahlungen besser verschleiern kann, um nicht erwischt zu werden. Solche Anfragen lehne er ab.

Salvenmoser warb außerdem um Verständnis für Unternehmen, in denen es Korruptionsfälle gibt. Es handele sich oft um das Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter. Die mangelhafte Auskunft von Unternehmen auf kurzfristige Anfragen könne auch daran liegen, dass Informationen noch nicht vorhanden seien beziehungsweise Mitarbeiter gerade nicht greifbar. Er forderte zudem eine stärkere Differenzierung in der öffentlichen Debatte zwischen Straftaten einerseits und nicht verbotenen Handlungen andererseits. Data-Mining zum Beispiel sei in gewissen Grenzen zulässig, aber in jüngster Zeit sehr in Verruf geraten und in der Öffentlichkeit kaum noch vermittelbar: "Nicht alles, was verdammt wurde, ist es auch wert." Das Anliegen, etwa Informationslecks im eigenen Aufsichtsrat zu schließen, sei doch im Grundsatz legitim - auch wenn dies natürlich nie eine Rechtfertigung dafür sein dürfe, selbst Straftaten zu begehen.

Sebastian Heiser

Durchleuchtet – Korruptionsbekämpfung versus Datenschutz bei der Deutschen Bahn

Auf dem Podium:

- Dr. Peter von Blomberg, Transparency International
- Marcus Gatzke, stern.de-Redakteur und einer der Rechercheure des Bahn-Datenskandals
- Daniel Noa, ehemaliger Chief Compliance Officer Siemens, Staatsanwalt
- Silke Stokar, ehemalige MdB; Datenschutzexpertin Bündnis 90 / Die Grünen
- Moderation: Gottlob Schober Report Mainz; SWR

Der schwelenden Konflikt zwischen Datenschutz und Korruptionsbekämpfung: Für das Podium ergab er sich aus dem Interesse eines Unternehmens, gegen Fälle von Korruption im eigenen Haus vorzugehen sowie aus dem Recht der Mitarbeiter, dass personenbezogene Daten nicht verdachtsunabhängig erhoben und eingesehen werden dürfen.

Die Diskutanten sind immer wieder auf den Datenskandal bei der Bahn und auf den Paragraphen 32 des Bundesdatenschutzgesetzes zurück gekommen. Dieser wurde erst Anfang September 2009 neu geregelt und erlaubt es Arbeitgebern als auch Strafverfolgern, nur dann personenbezogene Daten von Mitarbeitern auszuwerten, wenn der begründete Verdacht vorliegt, dieser habe eine Straftat begangen.

Missglückter Paragraph

Für die ehemalige Bundestagsabgeordnete Silke Stokar ist der Konflikt zwischen Datenschutz und Korruptionsbekämpfung immer noch ungelöst. Die Datenschutzexpertin der Grünen bezeichnet den Paragraph als „völlig missglückt“. Unter anderem würde er – vor allem in Bezug auf Datenschcreenings - zahlreichen internationalen Datenschutzabkommen widersprechen, die Deutschland unterzeichnet habe.

Insofern ist für Stokar die Novelle des Datenschutzgesetzes ein Beispiel für „schlechte Rechtspolitik“. Sie befürwortet stattdessen ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, in dem detailliert geregelt ist, wie Unternehmen mit personenbezogenen Daten umzugehen haben. „Denn jeden Tag herrscht Rechtsunklarheit darüber, was Unternehmen gegenüber Beschäftigten dürfen und was nicht“, sagt die Politikerin.

Bedürfnis nach Datenschutz

Zahlreiche aktuelle Datenskandale, etwa die Bluttests für Daimler-Mitarbeiter, seien hierfür Beweis genug. Stokar verzeichnet in der Bevölkerung ein massiv gestiegenes Bedürfnis nach Datenschutz. Soziale Netzwerke wie Facebook oder auch der Themenkomplex Online-Shopping haben die Menschen sensibilisiert.

Peter von Blomberg von Transparency International nennt die Gesetzesnovelle einen „Schnellschuss“. Die Abgeordneten des deutschen Parlaments hätten damit bewiesen, dass sie keine Ahnung von Korruptionsbekämpfung und -prävention haben. Von Blomberg betont, dass der Paragraph 32 vor allem den Aspekt der Vorbeugung von Korruption sträflich vernachlässige. Dies müsse aber der „primäre Ansatz“ zur Korruptionsbekämpfung sein.

Gefahrenatlas

Der Experte empfiehlt Unternehmen, einen so genannten „Gefahrenatlas“ zu erstellen. Ein solcher Atlas entspricht zunächst einer sorgfältigen Analyse der Korruptionsgefahren in den unterschiedlichen Geschäftsbereichen. Dann erst könnten passgenaue Anti-Korruptionsmaßnahmen entwickelt werden, erst dann könnten Fragen der Transparenz und der internen Kontrolle beantwortet werden.

Von Blomberg spricht sich dafür aus, die Mitarbeiter stets über die Korruptionsbekämpfung in einem Unternehmen auf dem Laufenden zu halten – unter anderem durch die Einbindung des Betriebsrats. So könne auf der einen Seite Transparenz geschaffen, auf der anderen Seite notwendige Abschreckung aufrechterhalten werden.

Unanständige Datenschreenings

Der Compliance-Mann Daniel Noa nennt den Paragraphen 32 des Bundesdatenschutzgesetzes „eine notwendige Richtige-stellung“. Personenbezogene Daten dürften nun lediglich erhoben und ausgewertet werden, wenn ein konkreter Tatverdacht vorläge. Generell glaubt Noa aber nicht, dass Prävention mit Repression zu erreichen sei: „Wir wollen ja nicht, dass jeder einen Chip trägt, und dass neben jeder Ampel ein Polizist steht. Wir wollen mündige Bürger und Menschen, die sich mit dem Unternehmen in dem sie arbeiten identifizieren können.“

Deshalb sei es unanständig, wenn Unternehmen verdachtsunabhängig Datenschreenings ihrer Mitarbeiter vornähmen. Bei der Bahn habe ein falsches Verständnis von Governance vorgeherrschte, gepaart mit einem Aufklärungsinteresse, das einem ungesunden Verfolgungseifer entsprungen sei. Das habe zu einem System der Überwachung geführt: „Die Art der Korruptionsbekämpfung hat den Geist unter den Mitarbeitern zerstört. Denn sie wurden einem Generalverdacht ausgesetzt. Die Art, wie mit dem Personal umgegangen wurde, ist nicht in Ordnung. Ein System des Misstrauens ist entstanden, wo jeder Mitarbeiter sich verantworten musste, dass er überhaupt bei der Bahn arbeitet.“

Wertevermittlung und Hotlines

Noa plädiert stattdessen für eine verstärkte Wertevermittlung innerhalb der Unternehmen. Dies sei auch in Bezug auf die Gesamtgesellschaft vonnöten. Für ihn sei ein Staat eben „mehr als ein Reparaturbetrieb“, so Noa. Als praktische Maßnahme schlägt der ehemalige Compliance-Berater Korrupti-

ons-Hotlines in den Unternehmen vor. Dort sollten Vertrauenspersonen bei Verdachtsfällen professionell beraten und prüfen.

Der Stern.de-Redakteur Marcus Gatzke, maßgeblich beteiligt an der Aufdeckung des jüngsten Datenskandals bei der Bahn, hält den Paragraph 32 „für den richtigen Ansatz“. Er sei eine wichtige Kontrollinstanz um zu verhindern, „dass ein Unternehmen über das Ziel hinausschießt“. Gatzke findet Korruptionsbekämpfung sehr wichtig, beklagt aber eine bei den Unternehmen in den letzten Jahren grassierende Sammelwut. Er thematisiert das Problem des „Beifangs“: Korruptionsbe-

kämpfer, beispielsweise bei der Bahn, hätten vielfach ausspioniert, was die Mitarbeiter privat machten.

Generell lobt Gatzke aber die Bahn, sie habe aus den Fehlern gelernt. Nicht nur im Vorstand, auch in der zweiten Reihe sei Personal ausgewechselt worden – ein wichtiger Schritt zum Neuanfang. Um zukünftigen Korruptionsskandalen vorzubeugen, wünscht sich der Journalist „ein System von Vertrauensleuten, Ombudsmänner, an die ich mich wenden kann, wenn ich einen Korruptionsverdacht habe.“

Adrian Pickshaus

VORTRAG

Hans Weiss: Als Pharma-Consultant unter Branchenbossen

Hans Weiss definiert Korruption im Gesundheitswesen als die Situation, in der für Ärzte das Patientenwohl nicht an erster Stelle steht. Und Korruption kennt er als einen integralen Bestandteil des Geschäftsmodells der Pharma-Industrie. Anders als in anderen Branchen lohnt sich die Korruption für Pharma-Konzerne offenbar trotz der hohen Geldstrafen, zu denen sie in den USA verurteilt werden.

Nach Weiss' Kenntnisstand sind alle großen Pharma-Konzerne notorische Gesetzesbrecher, und zwar im großen Stil: In den USA werden sie wegen illegaler Vermarktung von Medikamenten, Vertuschung von Nebenwirkungen, irreführender Werbung und Manipulation von Studiendaten verurteilt. Beispiel Pfizer: Der weltgrößte Pharma-Konzern ist Anfang 2009 zu 2,3 Milliarden Dollar Geldstrafe verurteilt worden.

Rollenrecherche als Consultant

„Gesunde Geschäfte“, „Bittere Pillen“: Hans Weiss aus Wien beschäftigt sich schon lange mit der Pharma-Industrie. Die Ergebnisse seiner Recherchen veröffentlicht er in Büchern, aber auch in Spiegel, Stern, Zeit und ORF. Sein jüngstes Buch heißt „Korrumpierte Medizin“. Dafür ist er in die Rolle eines Pharma-Consultant geschlüpft. So getarnt sammelte er Informationen in der abgeschirmten Welt der Pharma-Konzerne.

Als Pharma-Consultant wandte er sich an führende Mediziner in Deutschland und unterbreitete ihnen Studienangebote, neue Medikamente eines amerikanischen Biotech-Unternehmens zu testen. Die klinischen Studien sollten an schwer kranken Patienten durchgeführt werden. Einige davon sollten das Testmedikament verabreicht bekommen, andere ein bewährtes Medikament, das schon auf dem Markt ist. Eine dritte Gruppe sollte nur mit Placebos behandelt werden, also ohne wirksame Behandlung bleiben.

Entgegen aller Mediziner-Regeln

Dieser Versuchsaufbau widerspreche den Prinzipien des Weltärztebundes, auch bekannt als Deklaration von Helsinki, stellte Weiss in seinem Vortrag klar. Es sei demnach verboten Patienten, die an einer schweren Erkrankung leiden, mit ei-

nem Placebos zu behandeln, wenn es bereits eine wirksame Behandlung gibt.

In seinem Angebot stand, dass für jeden an der Studie teilnehmenden Patienten „das übliche Kopfgeld von 8 000 Euro“ bezahlt werde. Auch die Nebenkosten für medizinisches Personal und Laboruntersuchungen würden übernommen.

Auf dieses Angebot erhielt Weiss sofort die Zusage eines Professors aus München, einem der einflussreichsten Psychiater in Deutschland. Weiteren Psychiatern, aber auch Kardiologen und Neurologen hat er Angebote mit demselben Ergebnis unterbreitet: Von allen bekam er direkte Zusagen.

„Pharma-Scheiße“

Anfangs hat Weiss diese Angebote per E-Mail unterbreitet. Jeweils nach der Zusage klärte er in weiteren Mails mit Mitarbeitern der Ärzte Details. Hatte er die Verhandlungen bis zur Vertragsreife gebracht, blies er die Studie per E-Mail ab. Seine ironischste Begründung war: „Ich habe mich verliebt und will mit dieser Pharma-Scheiße nichts mehr zu tun haben. Meine Latina und ich wir lieben uns, die Sonne scheint, und ich hoffe Sie haben Verständnis.“

Für einen weiteren Teil seines Buches hat Weiss alias Peter Merton mit Vollbart und neuer Brille einen Pharma-Kongress in Barcelona besucht, auf dem sich die Spitze der Branche traf. Auf dem Kongress waren für 7 900 Euro Studien der Konzerne erhältlich. Darin war aufgeschlüsselt, welche Ärzte dafür bezahlt werden, dass sie als Meinungsführer im Sinne des Unternehmens arbeiten – also sich als Ärzte für Medikamente aussprechen, sie in ihren Vorträgen und Artikeln erwähnen. Medikamente und Firmennamen kommen in den Studien nicht vor, aber es sei daraus ersichtlich, dass große Pharma-Konzerne bis zu 16 000 Ärzte weltweit als Werbetbotschafter unter Vertrag haben.

„Neuer“ Name, neue E-Mail-Adresse

Wie schuf Weiss sich seine Identität als Pharma-Experte? In Anlehnung an seinen Pass, in dem sein Name mit „Johann Alois Weiss“ angegeben ist, hat er sich nicht als Hans, sondern als Johann Weiss ausgegeben. Auf diesen Namen legte er sich E-Mail-Adressen zu bei Anbietern, die für jedermann zugänglich sind. Wie sich zeigte bedurfte es nicht der Domain-Endung eines Pharma-Unternehmens, um als seriöser Geschäftspartner wahrgenommen zu werden.

Zudem präparierte er seine Homepage, um seine wahre Identität zu schützen. Für Medizin- und Pharma-Informationen hat

er vor allem das Internet zu Rate gezogen, zu Beginn einen Experten.

Der Plan war ursprünglich, als Pharma-Vertreter eine Anstellung in Konzernen zu finden. Dafür hatte Weiss eine sechsmonatige Ausbildung abgeschlossen, fand daraufhin wegen seines Alters aber keine Anstellung bei Pharma-Unternehmen. Er war kein Unbekannter, zumal er auch in Talkshows als Pharma-Kritiker präsent war.

Frisierter Lebenslauf

Deshalb versuchte er, Bilder von sich aus dem Internet zu entfernen, er operierte unter seinem kompletten, aber unüblichen Pseudonymen Johann Alois Weiss und legte sich einen neuen Lebenslauf zu. Dabei achtete er darauf, die Stationen seines erfundenen Lebenslaufes mit tatsächlich Erlebtem zu verknüpfen, um bei Rückfragen davon erzählen zu können.

Das erste Anschreiben an die Ärzte arbeitete er mit viel Sorgfalt aus. Der einleitende Satz lautete: „Ein Kollege von der Novartis Forschungsstation in Boston hat Sie mir als Fachmann empfohlen ...“.

Verlag finanzierte Recherche

Der Verlag Kiepenheuer&Witsch hat Weiss' Buch verlegt und ihn juristisch beraten. Der Verlag übernahm auch das Rechtsrisiko. Am Schluss gab es eine einwöchige Schlussredaktion mit dem Verlagsrechtsanwalt, der den Text juristisch wasser-

dicht machte.

Insgesamt hat Weiss zwischen 2005 und 2008 anderthalb Jahre an diesem Projekt gearbeitet und insgesamt 150 000 Euro dafür aufgewendet. Finanziert wurde die Recherche vor allem durch Vorschüsse des Verlags.

Das Buch wurde nicht unter seinem Namen in den Verlagskatalogen angekündigt, um Konzerne und Ärzte nicht darauf aufmerksam zu machen. Sonst hätten sie wohl möglich mit einstweiligen Verfügungen das Buch verhindert.

Millionen für Marketing

Um diese Aufmerksamkeit zu vermeiden hat er den betroffenen Ärzten, die alle mit vollem Namen im Buch genannt sind, auch nicht die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt. Einzig der Münchner Psychiater drohte mit Klage als Reaktion auf das Buch. Im E-Mail-Austausch machte Weiss seine Position jedoch deutlich: Alles sei belegbar, deshalb werde er nichts daran ändern. Die Kritik verstummte.

Weiss' Fazit: Je unnützer das Medikament, umso höher sind die Ausgaben für Marketing, das als solches erkennbar ist oder verschlüsselt daher kommt. Es sei keine Seltenheit, darin bis zu 200 Millionen US-Dollar zu investieren.

Monika Konigorski

VORTRAG

Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim: Erst hochgelobt, dann kaltgestellt – Zwei Steuerfahnder decken auf

Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim, Träger des Whistleblower-Preises 2009, waren Steuerfahnder des Finanzamts Frankfurt V, im so genannten „Bankenteam“. Frankfurt ist mit den Zentralen der Großbanken der Finanzplatz Nummer Eins in Deutschland. Die Abteilung, die sich mit steuerstrafrechtlichen Ermittlungen befasste, operierte jahrelang sehr erfolgreich. Als vorgesetzte Dienststellen der hessischen Finanzverwaltung 2001 die Ermittlungsarbeit der Abteilung aus nicht nachvollziehbaren Gründen mit einer so genannten „Amtsverfügung“ zu behindern suchten, kam es zum Konflikt.

Ihre Standhaftigkeit kostete Schmenger und Wehrheim schließlich den Job: Beide wurden zwangspensioniert, ihre frühere Abteilung aufgelöst und schließlich in komplett neuer personeller Zusammensetzung wieder aufgebaut. Sie schrieben Protestbriefe an Ministerpräsident Roland Koch, die unbeantwortet blieben, wandten sich schließlich an die Öffentlichkeit.

Diffamiert, gemobbt, als irre abgestempelt

Seit ihrem Weggang habe sich viel geändert in der hessischen Steuerfahndung, sagt Rudolf Schmenger. „Man wird heute keinen Steuerfahnder mehr finden, der auf die Missstände in der Dienststelle hinweist.“ Allerdings sei das Interesse an den Folgen der Affäre eher gering gewesen: Dass 15 Steuerfahnder einfach pensioniert oder zwangsversetzt worden seien, Mitarbeiter diffamiert, gemobbt und schließlich mittels fragwürdiger psychiatrischer Gutachten für unheilbar krank erklärt worden seien, sei in der Öffentlichkeit zu kurz diskutiert worden.

Dabei hatten Schmenger und Wehrheim nur ihren Job weiter machen wollen, wie bisher. Die Fahnder galten als erfolgreich, sie konnten dem Staat Millionen Euro zurückholen, die Bankbedienstete für ihre Kunden anonymisiert in Steueroasen anlegten (Liechtensteiner

„Stiftungen“; „Aktion Zaunkönig“ der hessischen CDU etc.). 1996 gelang es ihnen der Nachweis, dass die Commerzbank Gelder von Kunden am Staat vorbei nach Luxemburg, Gibraltar und in die Schweiz transferiert hatte. Die Ermittler konnten sich dabei auf Daten stützen, die ein ehemaliger Mitarbeiter kopiert hatte, der die Bank erpressen wollte.

Eine Premiere ganz nach Frankfurter Art

Es folgte die erste Durchsuchung einer Bank-Vorstandsetage überhaupt. Schon damals wurde deutlich, dass eine Hausdurchsuchung von ihrem damaligen Vorgesetzten in der Form nicht beabsichtigt gewesen sei, sagt Rudolf Schmenger. Der Vorstandssprecher der Commerzbank habe sich damals di-

rekt an die Bundesregierung und die hessische Landesregierung gewandt mit der Klage, es sei unerträglich, dass sein Geldhaus durchsucht werde, so Wehrheim. Später kam heraus, dass die Bank selbst Steuern hinterzogen hatte.

Wenn solche Geschichten ans Licht kommen, versichern Politiker schnell, die Bankenaufsicht verbessern zu wollen, sagt Schmenger. Die Frage sei aber: Wie viele Konzernprüfer überprüfen eine Bank? Wie viel ausgebildetes Personal gibt es in dem Bereich überhaupt?

Vereitelung der Strafverfolgung per Amtsverfügung

Anfang 2001 kam es dann zur Zäsur, sagt Wehrheim. Er und seine Kollegen erfahren, dass ihre Ermittlungen in mehreren Fällen nicht fortgeführt werden sollen - weil sie angeblich zu lange dauern. Dabei sprudelte das Geld, so Wehrheim, viele Ermittlungen hätten kurz vor dem Abschluss gestanden. Es folgte die mündliche Weisung, laufende Verfahren einzustellen. Die Frankfurter Ermittler widersetzen sich. Wenig später wird eine Amtsverfügung erlassen, nach der in Hessen ein steuerstrafrechtlicher Anfangsverdacht bei Geldtransfers ins Ausland nur noch dann angenommen werden darf, wenn es sich um Summen von über 500 000 DM pro Transaktion handelt.

„Paranoide querulatorische Störung“

Konkret bedeutete das: Die Latte wurde so hoch gehängt, dass die meisten Verdachtsfälle nicht verfolgt werden durften. Von 1000 Fällen nach alter Regelung blieben nicht einmal eine Handvoll übrig. Gleichzeitig starteten Vorgesetzte persönliche Repressalien gegen die Frankfurter Steuerfahnder. „Alle, die sich nicht auf diesen falschen Weg begeben wollten, wurden massiv unter Druck gesetzt“, sagt Wehrheim. Über Rudolf Schmenger wird ein psychiatrisches Gutachten verfasst, ohne dass er je von einem Psychiater untersucht worden ist. Die Diagnose: Er leide unter einer „paranoiden querulatorischen Störung“, die nicht therapierbar seien. Andere Kollegen erhalten mit Mitte 30 ähnliche Diagnosen. Sie werden aus dem Dienst entfernt und in Pension geschickt.

Es habe eine Geheimakte über ihn gegeben, sagt Rudolf Schmenger. Schon bevor das zweifelhafte Gutachten vorgelegen habe, sei klar gewesen: Schmenger müsse die Steuerfahndung verlassen - wegen der Signalwirkung für seine Kollegen. Wie lange jemand massives Mobbing aushalten kann, ist eine Frage der Zeit. Mehrere Kollegen erkrankten, nach zwei Jahren wacht Schmenger eines Morgens auf und kann sich nicht mehr bewegen. Gemeinsam mit Kollegen schreibt

er 2005 an Roland Koch und wartet vergeblich auf eine Antwort. Als auch ein zweiter Brief unbeantwortet bleibt, wendet er sich an den Hessischen Rundfunk.

Gegengutachten

Die Sendung „De Facto“ berichtet, der Landtag ist alarmiert. „Aber damit löst man keine Probleme“, sagt Schmenger. Journalisten müssten sich fragen, ob sie ein kurzes Strohfeuer entzünden und sich dann anderen Themen widmen wollen. „Man muss konsequent am Ball bleiben und das Thema auf einer bestimmten Höhe halten.“ Die damalige Opposition im Landtag (SPD, Grüne und FDP) wollten die Steuerfahnder rehabilitieren. Als die FDP aber in die Regierungsverantwortung kam, war das Thema erst mal vom Tisch.

Rudolf Schmenger lässt sich nach seiner Zwangspensionierung als selbstständiger Steuerberater nieder. Um die Zulassung durch die Steuerberaterkammer zu bekommen, muss er sich aber einem psychiatrischen Gutachten unterziehen, um seinen Geisteszustand prüfen zu lassen. Die Universitätsklinik Frankfurt erklärt ihn für gesund - er sei immer noch dankbar für die Objektivität der Gutachter, sagt Schmenger. Die Landesregierung reagiert nicht auf das Gutachten, rehabilitiert wird Schmenger nicht. „Die Frage der Haushaltsuntreue hat keiner gestellt“, sagt Schmenger. „Eigentlich ein Skandal.“ Man zahle für einen zwangspensionierten Beamten bis zu seinem Tod, obwohl er einsatzfähig ist.

Behörden halten Skandale unterm Deckel

Schmenger stellt das Beamtentum in Frage. Es gehe vor allem darum, dass Skandale in den Behörden nicht an die Öffentlichkeit dringen. Schmenger weiß, dass es vielen Beamten ähnlich geht wie ihm. Beamte aus ganz Deutschland haben sich bei ihm gemeldet, deren Fälle vergleichbar gelagert seien. Er fordert daher eine radikale Reform des Beamtentums. Es könne nicht angehen, lauter hoch bezahlte Staatsdiener zu haben, die sich allein darüber den Kopf zerbrächen, wann sie befördert würden und ansonsten mundtot gemacht würden.

Frank Wehrheim sieht die Verwaltung selbst in der Verantwortung. Es müsse innerhalb der bestehenden Strukturen besser kommuniziert werden, um auch Korruptionsfälle aufdecken zu können.

Anne Onken

WERKSTATTBERICHT

Deckname „Eichhörnchen“ – Wie die Bahn ihre Mitarbeiter bespitzelte

Der Bespitzelungs-Skandal bei der Deutschen Bahn löste eine Lawine aus, die schließlich den Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn zu Fall brachte. Den Anstoß dazu gaben Recherchen des Stern, bei denen drei Kollegen von der Print-

und von der Online-Redaktion zusammen gearbeitet haben: Marcus Gatzke und Florian Güßgen (beide stern.de) sowie Johannes Röhrig (Stern).

„Wir sind auf der Jagd nach korrupten Mitarbeitern, und alle sollen wissen, wir schießen scharf“, sagte Hartmut Mehdorn Anfang 2008. Wie scharf die Deutsche Bahn wirklich auf ihre Mitarbeiter schoss, wurde ein Jahr später bekannt, im Januar 2009: Die Deutsche Bahn bespitzelte fast ihre gesamte Belegschaft.

Eine Detektei, die misstrauisch macht

Die Recherche des Stern-Trios nahm im Juni 2008 ihren Anfang. Das Handelsblatt berichtete, dass die Bahn von 1997 bis 2007 mit dem Unternehmen Network Deutschland zusammen gearbeitet hatte - eben jener Berliner Detektei, die auch im Telekomskandal verwickelt war und illegal für das Unternehmen Daten beschafft hatte. Der Anti-Korruptionsbeauftragte des Bahn-Konzerns, Wolfgang Schauensteiner, bestätigte daraufhin zwar die Zusammenarbeit mit Network Deutschland, betonte jedoch, dass weder personenbezogene Daten erhoben noch Aufsichtsräte bespitzelt worden seien. Trotz Schauensteiners Dementi, so die Stern-Redakteure, habe es immer wieder Gerüchte gegeben, dass das System Mehdorn ein System der Überwachung sei.

Die größte Schwierigkeit bei der Recherche war vor allem, dieses System, das Mehdorn innerhalb des Unternehmens geschaffen hatte, zu durchbrechen, sagen die Stern-Leute: „Wir haben zwar relativ schnell Mitarbeiter der Deutschen Bahn gefunden, die unseren Verdacht der Bespitzelung bestätigten - aber nur anonym.“ Durch ein halbes Jahr Recherche und viel Reporterglück gelang es den Redakteuren schließlich, an entsprechende Unterlagen von Network Deutschland zu gelangen. Daraus ging hervor, dass die Deutsche Bahn ihre Mitarbeiter bespitzelt hatte: „Wir hatten damals eine Reihe von Projektpapieren, interne Mails, Papiere von Network Deutschland – aber wir wussten noch nicht, wie viele Mitarbeiter gerastert wurden.“

„Korruptionsbekämpfung vor Datenschutz“

Am 18. Januar 2009, vier Tage vor Erscheinen des Artikels im Heft, wurde die Deutsche Bahn mit den Ergebnissen der Recherche konfrontiert. Die Bahn reagierte per Fax auf die Vor-

würfe. Die Korruption, so der Tenor der Deutschen Bahn, sei so groß und die Bekämpfung so wichtig, dass der Datenschutz hinten an stehe. Das Unternehmen gab einen Tag später eine Pressemitteilung heraus, in der die Bahn verkündete, die Arbeit der Firma Network analysieren zu wollen. Zudem rechtfertigte sich die Deutsche Bahn für die Korruptionsbekämpfung: Man habe bereits 300 Treffer erzielt.

Das, betonten die Stern-Redakteure, „war unser nächster Anknüpfungspunkt.“ Denn: „Um 300 Treffer bei der Korruptionsbekämpfung zu bekommen, hat man entweder unglaublich korrupte Mitarbeiter oder die Fallzahl ist enorm hoch.“

Nebelwerferei

Wieder konfrontierte der Stern das Unternehmen. Die Deutsche Bahn versuchte daraufhin gezielt den Fragen der Journalisten auszuweichen, indem sie verschiedene Projekte miteinander vermischte: „Wenn man zu dem Projekt Babylon fragte, wurde auf Eichhörchen geantwortet.“ Doch die Lawine die der Stern-Artikel losgetreten hatte, war zu dem Zeitpunkt längst ins Rollen geraten: Am 28. Januar 2009 wurde der Verkehrsausschuss eingeschaltet. Wolfgang Schauensteiner räumte ein, dass insgesamt sogar 173.000 der rund 240.000 Beschäftigten ohne ihr Wissen durchleuchtet worden waren.

Das Resümee der Stern-Redakteure Marcus Gatzke, Florian Güßgen und Johannes Röhrig zu der Recherche: „Das Unternehmen hat immer wieder versucht, die Geschichte falsch zu dementieren und gezielt verschiedene Informationen zu streuen. Man sollte sich auch von großen Konzernen nicht in die Irre führen lassen.“

Nadine Ahr